

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/185

Bonn, den 28. September 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	<u>Belohnte Konsequenz</u> Zum Ausgang der Wahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen	86
2	<u>Ein Leben in Dienst der Demokratie</u> Willi Richter wird 70 Jahre alt	42
3 - 4	<u>Politik in München - trotz Oktoberfest</u> CSU-Experimente mit untauglichen Mitteln	105
5 - 6	<u>Alltag in der Sowjetunion</u> "Jeder Erntetag bringt neue Helden hervor" Von Rudolf Hornig	81

Belohnte Konsequenz

Zum Ausgang der Wahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen

sp. - Der Sozialdemokratie ist ein großer Sprung nach vorn gelungen. Dieses Ergebnis der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen hatten nicht viele erwartet. Zum ersten Male in der Nachkriegsgeschichte entfiel im volkreichsten Land der Bundesrepublik, in Nordrhein-Westfalen, die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sozialdemokratische Kandidaten. Das ist ein bedeutsamer innenpolitischer Vorgang, dessen Auswirkungen nicht abzuschätzen sind.

Das Wahlergebnis zerstörte die Legende, in den Großstädten hätte die Sozialdemokratie keine Aufstiegsmöglichkeiten mehr. Aber gerade in den Groß- und Mittelstädten - und das gilt auch für Niedersachsen - erzielte diese Partei ihre größten Erfolge, gab es oft einen Stimmenzuwachs, wie in K ö l n und D ü s s e l d o r f, von über 10%. Besonders Hoffnungen hatte die CDU auf Essen und Köln gesetzt; hier erlebte sie auch die bitterste Enttäuschung. In beiden Städten errangen die sozialdemokratischen Kandidaten - entgegen allen Erwartungen - die absolute Mehrheit. In Köln und Essen hieß die Losung: "Stürzt die Oberbürgermeister Burauen und Niessward, schafft Wandel im Rathaus". Diese Losung besaß keine Zugkraft.

Schmerzlich für die CDU ist auch der Verlust von Düsseldorf. Die Landeshauptstadt hat seit Sonntag ein sozialdemokratisches Oberhaupt. Sogar in ausgesprochenen CDU-Hochburgen wie Münster gewann die SPD an Stärke, rückte sie ihrer großen Konkurrentin hart auf die Fersen. In 10 von 16 Großstädten Nordrhein-Westfalens verfügt die SPD jetzt über die absolute Mehrheit im Stadtparlament. Allein in 7 Großstädten gewann sie die absolute Mehrheit neu hinzu. Diese Zahlen sprechen für sich.

In Niedersachsen kam die CDU relativ besser davon. Hier profitierte sie von der Wählermasse der politisch heimatlos gewordenen früheren DP-Wähler (Deutsche Partei). Den Vorsprung der SPD vermochte sie freilich nicht aufzuholen. Mit 43 Prozent aller abgegebenen Stimmen (1960 = 38,8 Prozent) nimmt diese Partei eine unantastbare Spitzenstellung ein.

An Rhein und Ruhr mußten die Freien Demokraten schwere Wunden hinnehmen. In Köln, Essen, Duisburg, Oberhausen und Bochum sind sie im Stadtparlament überhaupt nicht mehr vertreten. Der bescheidene Stimmengewinn in Niedersachsen mag wohl für die Partei Mendes ein Trost sein, doch insgesamt gesehen kann sich die FDP über ihre Existenzkrise nicht hinwegtäuschen. Ihr erklärtes Ziel, absolute Mehrheiten in den Gemeinden zu verhindern, hat sie nicht erreicht; der Zug zu den beiden großen Parteien hält an.

Die Schwindsucht der FDP, der deutschen Freunde Ulbrichts, ist nicht mehr aufzuhalten. Ihre Kandidaten fielen durch. Die Bevölkerung hat kein Verständnis für Sektierer und politische Phantasten. Pankow wird dies zur Kenntnis nehmen müssen.

Der Wahlausgang bietet den Kommentatoren vielfältigen Stoff für ihre Betrachtungen. In der CDU wird eine innere Auseinandersetzung für die Ursachen ihres Rückschlages in Nordrhein-Westfalen begonnen, ja, sie hat schon in der Wahlnacht angefangen. Die einen sehen den Grund in den Bonner Koalitionsstreitigkeiten, andere wiederum glauben, den angeschlagenen Mythos Erhards dafür verantwortlich machen zu müssen.

Uns scheint, alle diese Deutungen treffen nicht den Kern, sie bewegen sich an der Oberfläche. Gewiß, das allgemeine Unbehagen über die Politik in Bonn hat auch bei den Entscheidungen der Wähler den Ausschlag gegeben. Aber es gab ja keine neue Bundesregierung zu bestellen, wohl jedoch Vertreter für die Dorf- und Stadtparlamente zu wählen, die sich dem allgemeinen Wohl verpflichtet fühlen. Und da schnitten eben die sozialdemokratischen Kandidaten besser ab. Für sie ist die Gemeinde die dritte Säule des Staates. Auch im kleineren, überschaubaren Bereich verlieren sie dabei nicht den Blick für das Ganze.

Es hat sich in der Bevölkerung herumgesprochen, daß die bisherigen Bundesregierungen die Bedeutung der Gemeinden zu gering einschätzten, sie in ihrer Steuer- und Finanzpolitik oft links liegen ließen. Es geht dabei um recht praktische Dinge, um Dinge, die an die Haut gehen. So schreit die Misere unserer Straßen zum Himmel, überfüllte Schulklassen erschweren den Lehrbetrieb, treiben Schüler und Lehrer zur Verzweiflung, der wachsende Jarm in den Großstädten und industriellen Ballungsgebieten führt zu Erkrankungen, die Verpestung der Luft zu schweren gesundheitlichen Schäden, es fehlen Krankenhäuser, Schulen und vieles mehr, worauf der Bürger einen Anspruch hat. Vielen Gemeinden geht durch die Steuer- und Finanzpolitik der Bundesregierung die Luft aus, sie können ihre Gemeinschaftsaufgaben nur unzulänglich erfüllen. Hunderttausenden junger Familien fehlen gesunde und preiserschwingliche Wohnungen. Der Lücke-Flar hat viele Härten verursacht, für die es nur unzulängliche oder keine Abhilfe gibt. Wie oft wurde schon eine Finanzreform angekündigt, die ein Gleichgewicht zwischen Bund, Ländern und Gemeinden herstellt, doch sie blieb ein Stück Papier und lagert irgendwo in Schubfächern.

Die Sozialdemokratie verfolgt eine konsequente Gesellschaftspolitik, in der auch die Gemeinden die ihnen zustehende staatspolitisch so wichtige Rolle erfüllen sollen. Das ist heute noch nicht der Fall, und der Wähler gab darauf am letzten Sonntag die Quittung. Sein Recht, als freier Bürger in einem gesunden Gemeinwesen zu wohnen und zu wirken, findet er bei der Sozialdemokratie besser aufgehoben. Das haben die Bürger, die am vergangenen Sonntag zur Wahl gingen, erkannt, und diese ihre Erkenntnis ist der Schlüssel für den Wahlerfolg der SED.

+ + +

Ein Leben im Dienst der Demokratie

Willi Richter wird 70 Jahre alt

sp - Willi Richter, eine der markantesten Persönlichkeiten der deutschen Gewerkschaftsbewegung, kann am 1. Oktober 1964 in voller Rüstigkeit seinen 70. Geburtstag feiern. Dieser Mann hat stets im Vordergrund des großen Kampfes der Arbeitnehmer für mehr Freiheit und soziale Gerechtigkeit gestanden. Sein Lebensweg ist charakteristisch für den eines intelligenten Arbeiters, von denen so viele in den vergangenen Jahrzehnten einen wesentlichen Beitrag dazu leisteten, daß die deutschen Arbeitnehmer den demokratischen Staat als ihren Staat betrachten können. Der junge Frankfurter Arbeitersohn wurde Feinmechaniker, studierte in Frankfurt an der Akademie für Arbeit und war Gasthörer an der Universität. Schon mit 27 Jahren wählten ihn seine Kollegen zum Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrates der Stadtverwaltung Frankfurt. Von 1928 bis 1933 war er Sekretär des ADGB im Bezirk Darmstadt. Auch ihm ging es nach 1933 so wie vielen Gleichgesinnten. Er wurde wegen seiner politischen Gesinnung mehrmals verhaftet, unter Polizeiaufsicht gestellt und konnte sich nur sehr mühsam eine neue Existenz schaffen. Unmittelbar nach dem Kriege wurde Willi Richter zum Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes Hessen gewählt, in den Frankfurter Wirtschaftsrat delegiert und schließlich 1949 in den Bundestag für die SED gewählt. Dort wirkte er bis 1957 vornehmlich als Sozialpolitiker. Ein Jahr vorher hatte ihn der DGB zu seinem Vorsitzenden gewählt. Von diesem Zeitpunkt an leitete Willi Richter mit großer Umsicht und Tatkraft die 6 Millionen starke Arbeitnehmer-Organisation bis zum Jahre 1962, als er sich wegen Erreichung der Altersgrenze zurückzog und seinem Nachfolger, Ludwig Rosenberg, das Steuer des DGB überließ.

In den sechs Jahren seiner Tätigkeit als Vorsitzender des DGB hat es Willi Richter verstanden, der deutschen Öffentlichkeit einzuprägen, daß die Gewerkschaften das stärkste Fundament der deutschen Demokratie sind. Willi Richters Verdienst liegt aber auch auf dem Gebiet der internationalen Politik, wo er mit seinen großen Erfahrungen aus der internationalen Gewerkschaftsbewegung besonders auf den internationalen Arbeiterkonferenzen in Genf durch richtunggebende Hinweise manche Entscheidung zu befruchten vermochte.

Die Bundesrepublik ehrte Willi Richter schon im Jahre 1959 durch die Verleihung des Großen Bundesverdienstkreuzes mit Stern und Schulterband. Wir sind gewiß, daß Willis Richters Verdienste um die deutsche Demokratie weit über die Kreise der Gewerkschaftsbewegung und der Sozialdemokratischen Partei hinaus ihre gebührende Würdigung finden und daß der jetzt 70-Jährige noch lange seine großen Erfahrungen in den Dienst der Allgemeinheit stellen wird.

Politik in München - trotz Oktoberfest

Rw - In einem Jahr werden die Bundestagswahl und knapp dreiviertel Jahr später die Gemeindevahlen zur Kraftprobe der bayerischen CSU. Ihre Stellung ist trotz unbestrittener Regierungsmacht in Parlament und Regierung keineswegs einfach. Für die Bundestagswahl gilt es, einerseits das Zugpferd der CDU, Professor Erhard, entsprechend propagandistisch zu nutzen, andererseits aber durch kleine, grundsätzlich erscheinende Polemiken die Sonderstellung des bayerischen CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß gebührend zu unterstreichen. Das geht natürlich nicht ohne Reibungen ab.

Noch schwieriger ist die Stellung der CSU hinsichtlich der Gemeindevahlen, ganz besonders in der Landeshauptstadt München. Sie kann sich nicht selbst ausschalten, muß also an der Verantwortung für das Geschehen im Münchener Rathaus teilnehmen. Sonst würde man nämlich in nicht allzuferner Zeit in der Münchener Bürgerschaft die CSU für Gemeindegemeinschaften für entbehrlich halten. Die Mitverantwortung aber bringt allerlei Kümernisse mit sich. Dazu gehört auch die Wohnbaupolitik des Ministers Lücke. In München mit seinem besonders hohen Zuzug bedeutet die für Anfang 1966 in Aussicht stehende Aufhebung der Wohnungsbewirtschaftung und der Mieten für Altbauwohnungen den Beginn chaotischer Zustände und vermutlich auch eines kaum zu kontrollierenden Mietwuchers. Entgegen Lückes überliberalistischen Vorstellungen von freiem Wohnungsmarkt, der sich "einpendeln" soll, hat die CSU-Fraktion im Rathaus zu München denn beschlossen, in Bonn die Fortdauer der letzten Reste der Wohnungsbewirtschaftung zu beantragen.

Vielleicht dürfte dieser Antrag wohl kaum haben. Aber die wohnungssuchenden Münchener oder die Mieter der Altbauwohnungen nehmen vielleicht naiver Weise an, die CSU habe mit der Wohnungspolitik der Bundesregierung gar nichts zu tun. Das bedeutet jedoch keineswegs, daß nicht auch die Polemik gegen die SPD-Mehrheit zu ihren Recht kommt. Schließlich muß die CSU im Rathaus doch ihre Unabhängigkeit zeigen. Der Rathausfraktion fällt das schwer, denn sie ist an den meisten Maßnahmen, insbesondere bezüglich der Verkehrspolitik, beteiligt.

So ist denn nun der forsche und junge Innenminister Junker auf den Plan getreten. Er polemisiert gegen die Landeshauptstadt, die mit ihrer Verkehrspolitik den Individualverkehr ungebührlich zugunsten der Straßenbahn benachteilige und sprach dabei von "einem krassen Gegensatz" zwischen ihm und Dr. Vogel, dem Münchener Oberbürgermeister. Es geht um eine Beschränkung des Kraftwagenverkehrs, die der Straßenbahn ermöglicht, schneller zu fahren. Das gefällt dem Innenminister plötzlich gar nicht. Er hat sich ausgerechnet und verkündet, er brauche mit dem Kassenverkehrsmittel 90 Minuten von seiner Wohnung in seine Arbeitsstelle, dem Innenministerium. Und das sei zudem noch teurer, als wenn er mit dem Wagen fahre.

Ein Münchener Abendblatt hat diese Meldung mit richtiger Überschrift versehen. Sie betitelt die Auslassungen des Ministers: "Mit dem Auto kommt man billiger in die Stadt". Der Minister wohnt nämlich gar nicht in München, sondern in Dachau, muß also zuerst die Bundesbahn benutzen und dann die Straßenbahn, wenn er dies wirklich versuchen wollte. Laut Fahrplan braucht man von Dachau nach München 18 bis 20 Minuten, mit dem Eilzug sogar nur 15 Minuten. Mit der Straßenbahnlinie 3 von Pannhol zur Odeonsplatz, wo das Innenministerium zu Hause ist, weitere 10 Minuten. Mit Wartezeiten ist also die Fahrt Dachau-Innenministerium in etwa 30 Minuten zu bewältigen, eine Stunde weniger als die vom Innenminister ins

Feld geführte Reisezeit. Dabei spielt das Münchener Massenverkehrsmittel die geringste Rolle. Oberbürgermeister Dr. Vogel ist dabei, den Innenminister einen entsprechenden Reiseplan zu übermitteln.

Die Polemik geht also sachlich völlig an den Maßnahmen der Stadt München vorbei. Es war ersichtlicher Weise auch gar nicht die Verkehrsfrage der Münchner, die den Innenminister so in Harnisch brachte. Es geht ihm darum, eine Polemik zu starten, die seine Parteifreunde in Münchner Rathaus sich nicht leisten können. München mit seiner sozialdemokratischen Mehrheit und dem sehr dynamischen SPD-Oberbürgermeister gefällt der CSU natürlich gar nicht. Schon Dr. Jäger warnte, als zum ersten Mal von Notstandsgesetzen die Rede war, vor der Möglichkeit, daß in den sozialdemokratisch-verwalteten Großstädten die öffentliche Ordnung leicht gefährdet und dann niemand da sei, der sie bewahre. Diese Argumentation hat in München kein sehr freundliches Echo gefunden. Niemand will sich schließlich in München als "roter Hob" verunglimpfen lassen. Und genau das stand zwischen den Zeilen der Auslassungen Dr. R. Jägers zu lesen.

Nun spricht man vom Verkehrsproblem. Das geht jeden an. Und viele Verkehrsteilnehmer haben einen Wagen. Vielleicht kann man gewisse Beschränkungen und Umleitungen in der inneren Stadt zugunsten eines schnelleren Straßenbahnverkehrs gegen die Stadtverwaltung ins Gespräch bringen. Das ist natürlich beileibe noch keine Wahlpropaganda. Nein, das ist nur ein kleiner Anfang.

Der Versuch wurde allerdings an untauglichen Objekt unternommen. Die Münchner wissen ganz gut, woran sie sind. Deshalb haben sie 1960 in Mehrheit eben nicht CSU gewählt.

"Sozialdemokratisiertes" München

In ihrem Bestreben, propagandistischen Boden für den Anfang 1966 fälligen Wahlkampf um Stadtrat und Oberbürgermeister zu gewinnen, hat die CSU-Fraktion im Münchner Rathaus ein neues Schlagwort erfunden. Die Stadtverwaltung München werde in ihrer Personalpolitik allzusehr "sozialdemokratisiert". Dunkle Andeutungen über parteipolitische Ernennungen beantwortete der Oberbürgermeister Dr. Vogel mit dem Ersuchen, ihn "Phile und Namer" zu nennen. Daraufhin wich der Fraktionsvorsitzende Stützel in einer öffentlichen Erklärung aus, indem er zugab, rechtlich seien tatsächliche Beanstandungen wahrscheinlich nicht möglich, aber es sei eben doch so, daß die Stadtverwaltung zunehmend "sozialdemokratisiert" werde. - Die als Beispiel angeführten Personalräte reagierten daraufhin sehr lebhaft mit der Feststellung, daß sie frei und geheim gewählt wurden, ihre parteipolitische Einstellung größtenteils unbekannt sei, aber wahrscheinlich bei der großen Mehrheit der Personalräte vermutlich viele k o i n e r Partei angehörten. Auch diese Kampagne gegen die zunehmende "Sozialdemokratisierung" der bayrischen Landeshauptstadt dürfte in jedem Fall nicht den erwünschten Erfolg einer breiteren Basis für die CSU zeitigen. Die Münchner, auch die zahlreichen neu hinzugezogenen Bürger, fühlen sich in der Landeshauptstadt mit ihrer sehr aktiven Stadtverwaltung recht wohl. Verschiedene Anzeichen lassen jedoch darauf schließen, daß sich die CSU vorgenommen zu haben scheint, ihren Einfluß über Bayern hinaus auf die Bundespolitik der CDU verstärkt zur Geltung zu bringen. Sie experimentiert hier in München, um aufgrund gesammelter Erfahrungen später vorstoßen zu können.

Alltag in der Sowjetunion

"Jeder Erntetag bringt neue Helden hervor"

Von Rudolf Hornig

Der große Bericht unter dem Titel "Die Garde kämpft vorn" auf der Titelseite der Moskauer deutschen Wochenschrift "Neues Leben" vom Mitte September galt nicht einem Einsatz der Roten Armee, sondern einem Loblied auf die landwirtschaftlichen Bestarbeiter bei der diesjährigen Getreideernte in der Sowjetunion. Es handelte sich dabei durchweg um Sowjetdeutsche in Sibirien. Dort ist bekanntlich das Gros der 1,5 Millionen Sowjetdeutschen angesiedelt. Offenbar vorwiegend in der Landwirtschaft. "Neues Leben" schrieb einmal: "Es gibt Tausende deutscher Dörfer in Sibirien".

Alexander Becker besonders gelobt

Unter den sowjetdeutschen Agrar-Bestarbeitern in Sibirien ist einer besonders populär. "Neues Leben" bringt in seiner Garde-Nummer das Bild dieses Bestarbeiters mit dem Text: "Gut ist die Ernte auf den Feldern der Brigade des Helden der Sozialistischen Arbeit Alexander Becker (Kolchose 'Strana Sowjetow', Altai-region). Die Brigade drischt jetzt den Weizen. Auch hier kommt der Rat des erfahrenen Brigadiers gut zu-statten". Den Lesern, die wissen wollten, wie "die Dinge beim berühmten Brigadler Alexander Becker stehen", antwortete "Neues Leben": "Wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu können, daß er von jedem Hektar im Durchschnitt 28 Zentner Gerste, 20 Zentner Erbsen und 19 Zentner Weizen eingebracht und unter den ersten in Altai die Ernte abgeschlossen hat". Da kann man in Anbetracht des Gebietes nur sagen: prächtig!

"Wichtig ist, was in die staatlichen Speicher kommt"

Nicht minder prächtig findet "Neues Leben" den Verlauf der Ernte überhaupt: "Dieses Jahr kann mit Recht ein Getreidejahr genannt werden". Doch zitiert die Wochenschrift auch den Helden der Sozialistischen Arbeit Christian Schwarz (aus der Kolchose XXII, Parteitag in Nordkasachstan): "Wichtig ist, was in die staatlichen Speicher kommt". Bei ihm stimmten, laut "Neues Leben", Worte und Taten überein. Wie es anderswo war und ist, wird man wohl erst in den nächsten Wochen in den sowjetischen Zeitungen nachlesen können. Für Mitte September ließ es nur: "Die Ernte bringt jeden Tag neue Helden hervor".

Da waren zum Beispiel "in ganz Westkasachstan" Rudolf Schiller und Johann Boll dafür bekannt, daß jeder 30 Hektar Korn täglich mähte. Ihnen hatte es die Kolchose 'Senledelz' im Gebiet Aktjubijsk zu verdanken, daß sie als erste des Gebietes den Plan der Getreidebeschaffung erfüllte. Noch tüchtiger war der Kombiführer Karpenko der Sowchose (Staatsgut) Chabarowski im Gebiet Nowosibirsk, der bei einer durchschnittlichen Tagesleistung von 70 Hektar das Getreide auf 142 Hektar gemäht hat. 142 Hektar! Wie einsam muß sich ein Mensch mit seinem Mährechner auf so einer Riesenfläche fühlen!

"In 21 Stunden . . ."

Die Industrie hat, so versichert "Neues Leben", die Landwirtschaft mit hervorragenden Maschinen beliefert. Doch könnte man unmöglich jede Maschine für alle Lebenslagen ausstatten. Um Zeit zu gewinnen, "vergrößerten die Mechanisatoren die Schnittbreite der Erntaggregate". Geradezu ein Teufelskerl war da Wassili Garkuscha, ein angesehener Mechanisator in der Sowchose Sorokinski der Altairegion. "Zum ersten Mal" in der Sowjetunion koppelte er an den hochleistungsfähigen Traktor T 4 drei Breitschnittmäher ShMN 6. Bei jeder Runde mähte er so einen 18 Meter breiten Streifen. Und das Ergebnis? "Neues Leben" weiß es: "In 21 Stunden erntete er auf 255 Hektar den Weizen ab. Eine solche Leistung hat bei uns (in der Sowjetunion) noch kein Mechanisator erreicht". Da wird, ohne Zweifel, ein Orden fällig sein.

Auch Helden interessieren sich für Geld

Nachdem so eine ganze Reihe von Helden und Bestarbeitern hat Revue passieren können, besann sich "Neues Leben" darauf, daß die "vorn kämpfende Garde" ja nicht nur aus einzelnen besteht und das "Kollektiv" in der UdSSR noch immer Trumpf zu sein hat: "Nicht durch Rekorde einzelner, sondern durch ausgezeichnete Arbeit Hunderttausender Mechanisatoren zeichnet sich die diesjährige Ernte aus. Wir möchten hier aber auch eines der Bestkollektive erwähnen, und zwar aus der Sowchose Berdski im Nowosibirsker Gebiet, das 25 bis 30 Zentner Korn pro Hektar, einen für jene Gegend erstaunlichen Ertrag, eingebracht hat. Besonders haben sich die Kombiführer Chwanow, Schwedow und Kittel hervorgetan. Von ihren Aggregaten wurden täglich 230 bis 250 Zentner Getreide abtransportiert.

So herrscht eitel Freude und Befriedigung bei "Neues Leben" über die diesjährige Getreidernte. Und: "Besonders erfreulich sind für die Sowjetmenschen die Erfolge der Getreidebauern des Neulands". Das Neuland (in Kasachstan) war es ja, das im Vorjahr so versagt und Moskau zu Getreidekäufen im (westlichen) Ausland gezwungen hat. Im Innern der Moskauer Wochenzeitung wird es als "Gebot der Zeit" bezeichnet, daß die Kombiführer während der Ernte endlich richtig und ausreichend bezahlt und mit Mehrleistungsprämien entlohnt werden. Sie konnten in diesem Jahr bedeutend mehr verdienen und haben mehr geleistet. Auch sowjetische Helden interessieren sich eben für Geld. Denn vom Titel allein kann man nicht leben . . .

+ + +